HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN
DES KANTONS BERN
Berner Handelskammer

# Medienmitteilung

Bern, 11. November 2026

## Berner Wirtschaft unterstützt Korrekturkurs der Finanzkommission

**Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern (HIV) unterstützt die Anträge der Finanzkommission (FiKo-Mehrheit) zum Budget 2027 und zum Aufgaben- und Finanzplan 2028–2030. Angesichts der sich deutlich verschlechternden Finanzperspektiven ist es richtig, das Ausgabenwachstum zu begrenzen, das Stellenwachstum zu bremsen und Sparmassnahmen zu prüfen. Gleichzeitig begrüsst der HIV die Fortführung der kantonalen Steuerstrategie. Damit Bern konkurrenzfähig bleibt, müssen die Steuern ins Schweizer Mittelfeld sinken und das Ausgabenwachstum begrenzt werden.**

Das Budget 2027 weist zwar noch einen Überschuss von 269 Millionen Franken aus. Bereits ab 2028 drohen jedoch strukturelle Defizite. Gemäss aktueller Finanzplanung rechnet der Kanton bis 2030 mit einer Neuverschuldung von rund 1,9 Milliarden Franken. Allein für 2028 hat sich die Finanzperspektive gegenüber der letztjährigen Planung um mehr als eine halbe Milliarde Franken verschlechtert.

Aus Sicht des HIV sind dies deutliche Warnsignale. Hinzu kommt, dass sich die Ressourcenstärke des Kantons Bern seit Jahren unterdurchschnittlich entwickelt. Die zunehmende Abhängigkeit von Mitteln aus dem nationalen Finanzausgleich darf nicht zur Normalität werden. Vielmehr braucht es wirtschaftliches Wachstum, Unternehmensansiedlungen und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, damit der Kanton seine Einnahmen aus eigener Kraft steigern kann. «Die Finanzkommission erkennt den Ernst der Lage. Der Kanton kann nicht dauerhaft mehr ausgeben, als seine wirtschaftliche Entwicklung hergibt. Jetzt braucht es Prioritäten, Ausgabendisziplin und den politischen Mut, Aufgaben kritisch zu hinterfragen.», sagt Henrik Schoop, Direktor des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern.

Der HIV begrüsst insbesondere die Forderung der Finanzkommission, das Wachstum des Personalaufwands künftig auf das Bevölkerungswachstum zu beschränken. Die Kostenentwicklung beim Staat muss sich stärker an jener der Wirtschaft orientieren. Gemäss aktuellem UBS-Outlook planen Schweizer Unternehmen für 2027 durchschnittliche Lohnmassnahmen von rund 1 Prozent, während der Kanton Bern Lohnmassnahmen von 1,5 Prozent für das Staatspersonal und 1,7 Prozent für Lehrkräfte vorsieht. Gleichzeitig sollen in der Verwaltung zusätzliche Stellen geschaffen werden.
Für den HIV ist klar: Wo sich strukturelle Defizite abzeichnen, müssen Ausgaben kritisch überprüft werden. Dazu gehören neben dem Stellenbestand auch externe Beratungsmandate, Informatikprojekte sowie die Aufgabenerfüllung insgesamt.

Die Berner Wirtschaft unterstützt gleichzeitig die Weiterführung der Steuerstrategie. Steuerentlastungen stärken die Kaufkraft der Bevölkerung und verbessern die Wettbewerbsfähigkeit im interkantonalen Standortwettbewerb. Die bisherige Strategie reicht nicht aus, um Bern wieder ins Mittelfeld der Kantone zu führen.

«Wer die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kantons langfristig sichern will, muss heute handeln. Mehr Wachstum, tiefere Steuern und eine konsequente Begrenzung des Ausgabenwachstums gehören zusammen.», sagt Henrik Schoop. Der HIV erwartet vom Regierungsrat, dass er bereits für das Budget 2028 konkrete strukturelle Entlastungsmassnahmen vorlegt. Nur so lassen sich die Defizite verhindern und die Standortattraktivität des Kantons Bern nachhaltig stärken.

**Weitere Informationen:**
Henrik Schoop, Direktor HIV Kanton Bern, 079 790 30 48